

7. ICG-Stadtwerkekongress „Multitalent Stadtwerk“

28. November 2006, Berlin

Wettbewerb und europäischer Strom-&Gasmarkt

Dr. Herbert Ungerer

Direktor, Generaldirektion Wettbewerb

Europäische Kommission

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mit der europaweiten vollen Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte zum 1. Juli 2007 - hier in Deutschland bekanntlich vorgezogen - treten wir in eine neue Phase der Marktöffnung und Marktstrukturierung ein. Die Diskussion über Energiepolitik in Europa während der nächsten Monate wird beherrscht werden von den drei grossen Leitthemen Liberalisierung, Versorgungssicherheit und Klimaschutz.

Die Schaffung eines für den Wettbewerb geöffneten europäischen Binnenmarkts für Erdgas und Strom gehört zu den wichtigsten politischen Prioritäten der Europäischen Kommission. Die Europäische Kommission spielt aufgrund ihrer zahlreichen Kompetenzen eine wichtige Rolle bei der Ausrichtung der Energiepolitik in Europa. Vorrangiges Ziel unserer Energiepolitik ist die Marktöffnung bei gleichzeitiger Wahrung der Versorgungssicherheit und der Klimaschutzziele.

Aufgrund der **rechtlichen** Vorgaben in den geltenden EU-Richtlinien und Verordnungen ist die vollständige Marktöffnung für alle Geschäfts- und Haushaltskunden bis zum 1. Juli 2007 europaweit zu erreichen - mit wenigen Ausnahmerebestimmungen bezüglich sich

noch in Entwicklung befindlicher Märkte, denen limitierte zusätzliche Übergangszeiten zugebilligt worden sind. Zu diesem Zeitpunkt ist europaweit jeder Verbraucher jedenfalls rechtlich in die Lage zu versetzen, seinen Strom- und Gasversorger zu wechseln. Für einen **tatsächlich** funktionierenden Wettbewerb bedarf es einer sektorspezifischen Regulierung, um denjenigen Wettbewerbern, die über keine eigene Netzinfrastruktur verfügen, Zugang zu den bestehenden Netzen zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen zu gewähren - hier in der Bundesrepublik vor allem Aufgabe der Bundesnetzagentur. Darüber hinaus ist eine strikte Überwachung des Marktverhaltens der beteiligten Unternehmen und der Marktstrukturen anhand des Wettbewerbsrechts notwendig - eine gemischte Kompetenz zwischen der EU Wettbewerbsbehörde, also der europäischen Kommission, und Bundeskartellamt. Dabei sind die Besonderheiten dieses Sektors, wie z.B. die Importabhängigkeit der EU und die Notwendigkeit kontinuierlicher Investitionen in die Netze zu berücksichtigen.

Die laufende Regulierungstätigkeit obliegt dabei den Regulierungsbehörden in den Mitgliedstaaten. Die Zuständigkeit der nationalen Wettbewerbsbehörden bleibt aber grundsätzlich bestehen. Diese Dualität der Zuständigkeiten ist in Deutschland nach unserer Auffassung gut geregelt. Während die Bundesnetzagentur in diesem Jahr schliesslich ein praxistaugliches Netzzugangsmodell erstellt und eine erste Überprüfung der Netznutzungsentgelte vorgenommen hat, hat das Bundeskartellamt in verschiedenen Verfahren tatsächliche

Wettbewerbshindernisse aufgegriffen, die nicht durch den Regulierungsrahmen erfasst werden, wie z. B. die Frage der Begrenzung langfristiger Ausschließlichkeitsbindungen beim Gasbezug. Dies ist eine gewollte Art der Arbeitsteilung, die unsere volle Unterstützung findet.

Die Stadtwerke stehen damit einer neuen Marktstruktur gegenüber. Passivität wäre die falsche Strategie - in vielen Fällen wird eine Neupositionierung notwendig sein, die ja das zentrale Thema dieser Konferenz ist. Das neue **Gasnetzzugangsmodell**, welches zum 1. Oktober 2006 in Kraft getreten ist, stellt aus unserer Sicht einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Die Verringerung der Anzahl der Marktgebiete steht dabei im Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Marathon-Verfahren, einem wegweisenden EU Wettbewerbsverfahren zum Netzzugang, das gegenüber einer Reihe von Energieunternehmen, insbesondere EON, durchgeführt wurde. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Dennoch ist die Gesamtzahl der Marktgebiete aller Netzbetreiber im Bundesgebiet aus unserer Sicht noch zu hoch. Wir unterstützen somit die Bundesnetzagentur bei ihren Bemühungen um eine weitere Verringerung.

Die mit mehreren Beschlüssen in diesem Sommer infolge einer Kostenanalyse angeordnete Verringerung der Netznutzungsentgelte für die Wettbewerber ist ebenfalls zu begrüßen. Die nunmehr angestrebte **Anreizregulierung** dürfte diese Entwicklung noch

verstärken, indem zukünftige Effizienzgewinne der Netzbetreiber belohnt werden. Die Anreizregulierung wird durch die EU-Richtlinien derzeit zwar nicht vorgeschrieben, ist jedoch im Prinzip eine effizienzorientierte Umsetzung der Vorgaben. Es muss gewährleistet sein, dass die allgemeinen Ziele der Richtlinien, d. h. die effektive Vorabregulierung im Hinblick auf wettbewerbsfördernde, transparente und nicht-diskriminierende Netznutzungsentgelte tatsächlich erreicht werden. Die weiteren Entwicklungen in diesem Zusammenhang wird die Kommission deshalb mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Bekanntlich erwägt das Bundeswirtschaftsministerium derzeit eine **Verschärfung der wettbewerbsrechtlichen Vorschriften** (im GWB) zur Gewährleistung wettbewerbsfähiger Strompreise. So soll unter anderem die nationale Missbrauchsaufsicht noch besser greifen.

Die **zentrale Rolle der Europäischen Kommission** für die Öffnung der Energiemärkte für den Wettbewerb beruht auf den Zuständigkeiten zur Rahmengesetzgebung und zur Wettbewerbsaufsicht. Im europäischen Energie-Binnenmarkt darf den Energieversorgern der Markteintritt in einem anderen Mitgliedstaat nicht verwehrt oder unnötig erschwert werden. Daher ist jede staatliche Intervention, etwa durch Verhinderung ausländischer Übernahmen oder anderweitige direkte oder indirekte Förderung sog. nationaler Champions besonders kritisch zu betrachten. Die Kommission verfügt über weit reichende Zuständigkeiten, derartige staatliche Schutzmaßnahmen mithilfe der Wettbewerbsvorschriften

(Artikel 86, Beihilfenaufsicht, und besonders Fusionskontrolle) und der Binnenmarktregeln (etwa zum freien Kapitalverkehr) zu überwachen und ggf. zu unterbinden. Das wohlbekannte konsequente Einschreiten der Kommission gegen Beschränkungen der spanischen Regierung bzw. des spanischen Regulierers gegen die bereits von der Kommission im Rahmen der europäischen Fusionskontrolle genehmigte Übernahme der spanischen Endesa durch E.ON ist hier als wegweisend zu sehen.

Lassen Sie mich damit zur Analyse der Wettbewerbssituation der europäischen Strom- und Gasmärkte aus europäischer Wettbewerbsperspektive übergehen.

Bekanntlich steht das Verhalten der Energieunternehmen im Wettbewerb derzeit im Mittelpunkt der **Wettbewerbs-Sektoruntersuchung** der Kommission in den Bereichen Strom und Gas. Wir werden den Abschlussbericht zu der Sektoruntersuchung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen am 10 Januar 2007 vorlegen, im Rahmen des Gesamtpaketes zur zukünftigen Orientierung der Strategie der Europäischen Union im Energiesektor, das die Kommission an diesem Tag verabschieden wird. Sie werden deshalb verstehen, dass es verfrüht wäre, auf Einzelheiten der zu erwartenden Vorschläge einzugehen.

Bezüglich der Analyse des Standes des Sektors lässt sich aber sagen, dass die Grundanalyse des im Februar dieses Jahres veröffentlichten Zwischenberichtes voll bestätigt wird. Die Lage des Sektors stellt sich aus Wettbewerbssicht wie folgt dar.

Der hohe Konzentrationsgrad aus der Zeit vor der Liberalisierung auf der Großhandelsebene besteht weiter – hier in der Bundesrepublik ebenso, wie in den meisten EU Mitgliedstaaten. Die Incumbents kontrollieren weiterhin die Produktion und Importe. Sie stellen nur einen geringen Teil ihrer verfügbaren Kapazitäten für den Handel zur Verfügung. Aufgrund der geringen Markteintritte ist die effektive Versorgerauswahl für die Kunden sehr begrenzt, so dass sie von den etablierten Betreibern abhängig bleiben.

Die Märkte bleiben aufgrund der geringen Liquidität und des in Praxis ungenügenden Zugangs zu den Netzen und notwendigen Infrastruktureinrichtungen weitgehend abgeschottet. Dadurch wird der Markteintritt potentieller Wettbewerber verhindert. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in den langfristigen exklusiven Lieferverträgen zwischen Produzenten und Importeuren. Dadurch wird in vielen Fällen verhindert, dass sich Neuanbieter Kapazitäten verschaffen und so auf dem Endkundenmarkt Fuß fassen können. Hinzu kommt, dass die Incumbents über ihre eigenen Netze verfügen und der Netzbetrieb trotz der Regulierungsmaßnahmen zum Netzzugang nur unzureichend von der Vertriebsparte getrennt ist. Hieraus folgen systemimmanente Anreize für die integrierten Betreiber, ihre eigenen verbundenen

Unternehmen gegenüber unabhängigen Dritten systematisch zu bevorzugen, was die Marktab Abschottung wesentlich verschärft.

Grenz überschreitender Wettbewerb findet nur in sehr geringem Maß statt, da Anbieter auf wichtigen Transportwegen keinen Zugang zu grenz überschreitenden Leitungen erlangen können. Dies gilt umso mehr für die alternativen Betreiber. Die Kapazitäten der Verbindungsleitungen reichen oftmals nicht aus oder sind durch langfristige Reservierungen blockiert. Diese unbefriedigende Situation wird noch verstärkt durch das weitgehende Fehlen eines effizienten Engpass-Managements ("congestion management"), da oft nicht einmal kurzfristige, geringe und unterbrechbare Kapazitäten auf dem Sekundärmarkt verfügbar sind.

Die alternativen Anbieter haben keinen hinreichenden Zugang zu den Informationen, die sie für den Markteintritt benötigen. Die Preise bilden sich nicht hinreichend unter Wettbewerbsbedingungen heraus. Sofern hierfür Preisindizes verwendet werden, erfolgt keine spezifische Anpassung der Strom- und Gaspreise an Angebot und Nachfrage nach dem jeweiligen Produkt. Anhand dieser Mechanismen sind die Gaspreise in den vergangenen Jahren stark gestiegen, und zwar unabhängig von den Produktionsstätten und den jeweiligen Importeuren. Ein nennenswerter Preiswettbewerb findet nicht statt.

Die Auswertung der Stellungnahmen zu diesem Zwischenbericht und weiteren Untersuchungen sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Ohne auf weitere Details einzugehen, lassen Sie mich **wesentliche**

Erkenntnisse zur gegenwärtigen Wettbewerbssituation in den Strom- und Gasmärkten wie folgt zusammenfassen:

- 1) Wir stellen ein **strukturelles Defizit** in den Strom- und Gasmärkten fest, einen permanenten Interessenskonflikt durch ein in der Praxis ungenügendes unbundling von Erzeugung, Angebot und Netz, das zu Missbrauch marktbeherrschender Stellungen, zur Diskriminierung von Wettbewerbern und zur Marktabschottung führt und damit die Liberalisierung unterläuft.
- 2) Wir stellen ein **Regulierungsdefizit** vor allem im grenzüberschreitenden Bereich, das zu einem ordnungspolitischen Vakuum bei grenzüberschreitenden Aktivitäten führt. Trotz aller existierenden wohlgemeinten Koordinierungsversuche und -mechanismen greifen die nationalen Regulierungssysteme nicht genügend ineinander. Dies unterläuft die Bildung eines integrierten europäischen Marktes für Strom und Gas.
- 3) Wir stellen in den meisten Mitgliedsstaaten ein **Liquiditätsdefizit** in den Grosshandelsmärkten bei Strom- und Gas fest, das aus den strukturellen Defiziten resultiert. In Praxis bedeutet dies, dass sich funktionsfähige Märkte und Preisbildungsmechanismen nicht bilden können. Kurz ausgedrückt, die Vorteile der Liberalisierung kommen nicht beim Verbraucher an.

Die europäische Kommission wird, wie ausgeführt, am 10 Januar den detaillierten Schlussbericht zu den Ergebnissen der europaweiten Sektoruntersuchung vorstellen. Darin werden auch Vorschläge für **konkrete Abhilfemaßnahmen** enthalten sein, die entweder durch wettbewerbsrechtliche Verfahren oder durch neue rechtliche Vorgaben an die Mitgliedstaaten erzielt werden können.

Lassen Sie mich hier nur einige Worte zu den Konsequenzen im Wettbewerbsbereich sagen. Im Bereich der **Wettbewerbsaufsicht** ist absehbar, dass die Kommission Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen Artikel 81 und 82 verstärken wird. Dies gilt etwa bei Abschottung der Strom- und Gasmärkte durch langfristige Lieferverträge mit Abnehmern oder bei Einschränkungen des Zugangs zu Gasleitungen und Speicherkapazitäten sowie zu grenzüberschreitenden Gas- und Stromleitungen. Die Anwendung des Wettbewerbsrechts ist in solchen Fällen notwendig, die nicht von der sektorspezifischen Regulierung tatsächlich geregelt werden.

Zur Erläuterung möchte ich hier einige **Bemerkungen zu Wettbewerbsfällen** machen, die die Kommission bereits abgeschlossen hat.

Verfahren nach Artikel 81 EGV, wettbewerbswidrige Absprachen:

Die EU-Richtlinien enthalten z.B. keine Bestimmungen darüber, welche Laufzeit und welchen Grad der Bedarfsdeckung im Rahmen von Liefer- und Transportverträgen vereinbart werden dürfen. Auch finden sich keine Vorgaben über die Rechtmäßigkeit von Klauseln, mit

denen der Lieferant dem Käufer die Verwendung des verkauften Gases in einem bestimmten Gebiet oder zu einem bestimmten Zweck vorgibt. Nach zwei formellen Entscheidungen im Oktober 2004, die Gebietsbeschränkungsklauseln in Verträgen von Gaz de France (GDF) und ENI, und GDF und ENEL betrafen, führte die Kommission ihre Linie konsequent bezüglich der **Gazprom-Versorgungsverträge** in der Bundesrepublik, Österreich und Italien fort. Die EU Wettbewerbsbehörde - also die EU Kommission - erwirkte **im Jahr 2005** auf dem Verhandlungsweg, dass E.ON Ruhrgas und OMV das von Gazprom bezogene Gas auch außerhalb ihrer jeweiligen eigenen Versorgungsgebiete in Deutschland bzw. Österreich vermarkten dürfen. Zudem wurde ein Vorkaufsrecht der OMV für alle Gaslieferungen von Gazprom nach Österreich aus den Verträgen entfernt, ebenso wie eine Meistbegünstigungsklausel der E.ON Ruhrgas, nach der Gazprom den Wettbewerbern keine günstigeren Bedingungen anbieten durfte. Alle diese Vertragsbestimmungen behinderten den Wettbewerb auf den Gasmärkten und führten zu mangelnder Liquidität und Flexibilität.

Bereits 2002 konnte die Kommission einen Erfolg hinsichtlich der Schaffung von mehr Wettbewerb in den **upstream Gasmärkten** erzielen. Ursprünglich war die Vermarktung norwegischen Erdgases – des grössten EU Erdgaslieferanten neben Gazprom und der algerischen Sonatrach - über den sogenannten Erdgasverhandlungsausschuss **GFU** erfolgt, dem auch die beiden größten norwegischen Gasunternehmen, Statoil und Norsk Hydro, angehörten. Der GFU handelte im Namen aller norwegischen Gasunternehmen Verträge mit Käufern in der EU

aus und legte auf diese Weise alle wesentlichen Konditionen des Gasbezugs fest - im Klartext eine vollständige Unterbindung von Wettbewerb bei den upstream Versorgungsverträgen. Nachdem die Kommission zunächst ein förmliches Verfahren eingeleitet hatte, konnte dieses Mitte 2002 nach weit reichenden Zugeständnissen der norwegischen Gasproduzenten eingestellt werden. Diese verpflichteten sich, ihr Gas ab sofort individuell zu vermarkten und eine Mindestmenge von 5% des gesamten norwegischen Absatzvolumens für die Belieferung neuer Kunden bereitzuhalten. Dies führte zu mehr Wettbewerb, da das Entstehen neuer Lieferbeziehungen erleichtert wurde. Dieser Fall zeigt zudem, dass auch Wettbewerbsprobleme mit Unternehmen außerhalb der EU effektiv angegangen werden können. Das Verfahren setzt damit eine wichtige Weichenstellung auch für die Zukunft.

Verfahren nach Artikel 82 EGV, Missbrauch marktbeherrschender Stellungen: Wir stimmen alle überein, dass der effektive Zugang zu Gasnetzen eine wesentliche Voraussetzung für den Markteintritt der Wettbewerber ist. Zwar verpflichtet die Gas-Richtlinie die Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer solchen Zugangsmöglichkeit im Wege der sektorspezifischen Regulierung. Jedoch bleibt das Wettbewerbsrecht dann anwendbar, wenn eine derartige Regulierung nicht ausreichend vorgesehen ist (wie z.B. beim Speicherzugang) oder aus sonstigen Gründen nicht effektiv erfolgt. Eine wesentliche Rolle im Rahmen des Wettbewerbsrechts für die Entwicklung des Netzzugangs spielte das sogenannte Marathon-Verfahren.

Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Beschwerde der norwegischen Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Öl- und Gasunternehmens **Marathon** gegen fünf europäische Gasnetzbetreiber wegen Preisdiskriminierung und Zugangsverweigerung. Trotz Rücknahme der Beschwerde nach einem Schiedsverfahren führte die Kommission das Verfahren hinsichtlich des verweigerten Netzzugangs von Amts wegen weiter, um ähnlichen Verstößen durch Schaffung eines allgemein gültigen Zugangsregimes vorzubeugen. Die Kommission schloss dieses Verfahren Ende **April 2004** endgültig ab, nachdem **E.ON Ruhrgas** und Gaz de France (wie zuvor bereits **Thyssengas**, Gasunie und BEB) gegenüber der Kommission weit reichende Verpflichtungszusagen abgegeben hatten.

E.ON Ruhrgas schaffte dabei das bis dahin praktizierte Vertragspfadmodell ab, nach dem die Wettbewerber Kapazitätsbuchungen anhand eines fiktiven Vertragspfades zwischen einem Einspeise- und einem Ausspeisepunkt vornehmen mussten. Im neuen System ist es den Wettbewerbern nunmehr möglich, Gaskapazitäten getrennt an Ein- und Ausspeisepunkten und somit ohne den dazwischen liegenden Transportweg zu buchen (sog. Entry-Exit-Modell). Weiterhin verpflichtete sich E.ON Ruhrgas, in alle Gastransportverträge, einschließlich derjenigen mit ihrer eigenen Transportabteilung, das sog. „use-it-or-lose-it“-Prinzip einzufügen. Die dadurch verbesserte Liquidität des Gasmarktes kann von Gashändlern sodann für weitere Transaktionen genutzt werden.

Die Wettbewerber sind von E.ON Ruhrgas in die Lage zu versetzen, Kapazitätsbuchungen über verschiedene Tarif- und Qualitätszonen hinweg in ganz Deutschland vorzunehmen und dabei nur für die Konversion zwischen Gasqualitäten ein Anpassungsentgelt zu entrichten. E.ON Ruhrgas führte zunächst sechs Tarifzonen ein, davon vier für H-Gas und zwei für L-Gas. Sie entsprechen den Zonen, innerhalb denen die Wettbewerber Bilanzkreise bilden können, um bei der Buchung von Gaskapazitäten Ungleichgewichte zwischen den reservierten und den tatsächlich genutzten Gasmengen und damit erhebliche Vertragsstrafen zu vermeiden. Die Anzahl der Tarifzonen wurde von E.ON Ruhrgas inzwischen auf vier reduziert.

Das Verfahren spielte damit eine wesentliche Rolle bei der Einführung und Durchsetzung des **neuen Entry / Exit Modells** (d.h. des sogenannten Zweivertragsmodells) in der Bundesrepublik. Die von den Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen gehen dabei teilweise sogar über die Bestimmungen der Gasrichtlinie hinaus.

Lassen Sie mich damit zum Schluss kommen.

Der europäische Strom- und Gasmarkt ist an einer einschneidenden Wegkreuzung angekommen. Es geht darum, die notwendigen wegweisenden Massnahmen zu treffen, um die Liberalisierung Marktwirklichkeit werden zu lassen. Alle Akteure, hier in der Bundesrepublik vor allem auch die Stadtwerke, werden sich einem neuen Marktumfeld gegenübersehen, der für viele eine

Neuorientierung, aber auch neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen wird.

Ein entscheidender Schritt wird es sein, den Interessenkonflikt zwischen Vertrieb und Netzbetrieb innerhalb vertikal integrierter Unternehmen zu lösen, insofern dieser zu einem Rückgang der Investitionen in die Netzinfrastuktur und zu Diskriminierungen beim Netzzugang führt. Wie Frau Kroes, EU Wettbewerbskommissarin festgestellt hat, könnte dies am besten durch eine **vollständige strukturelle Entflechtung** ("structural unbundling") erreicht werden, da wohl nur auf diesem Wege jegliche Form einer gesellschaftsrechtlichen Bindung zwischen der Netzebene und den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsstufen unterbunden werden kann. Dies würde gleichzeitig die Möglichkeit einer substantiellen Vereinfachung des Regulierungsrahmens eröffnen. Diese und andere Massnahmen werden nach Vorstellung am 10 Januar intensiv auf EU Ebene unter deutscher Ratspräsidentschaft diskutiert werden.

Der Gesamtkontext ist in dem EU **Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“** analysiert. Hierin werden die vorrangigen Ziele der europäischen Energiepolitik aufgezeigt und eine Reihe von Ideen zur Diskussion gestellt. Das Grünbuch stellt ein schlüssiges Konzept für die Erreichung der drei grossen Ziele europäischer Energiepolitik - **Marktöffnung, Versorgungssicherheit und Klimaschutz** – vor.

Besonders hervorzuheben ist dabei der Vorschlag, ein europaweites Gas- und Stromnetz zu verwirklichen, zu dem alle Betreiber diskriminierungsfreien Zugang erhalten. Da die Überwachung des Zugangs zu diesem Netz – jedenfalls bei grenzüberschreitenden Sachverhalten - nicht nur durch einzelne nationale Regulierungsbehörden erfolgen könnte, würde die Schaffung von sehr viel intensiveren Koordinierungsmechanismen auf europäischer Ebene notwendig.

Als weitere dringende Aufgaben werden im Grünbuch die Erhöhung der Kapazitäten in Interkonnektoren, die langfristige Förderung eines angemessenen Energiemixes bei verbesserter Energieeffizienz und ein besser koordinierter Dialog mit den Export- und Transitstaaten genannt. In ihrem **Grünbuch zur Energieeffizienz** aus dem Jahr 2005 und **im Aktionsplan** vom Herbst dieses Jahres hat die Kommission deutlich gemacht, dass **bis zu 20%** der in der EU genutzten Energie eingespart werden können. Dies würde bei den Energieimporten eine **Einsparung von 60 Mrd. €** bedeuten und einen großen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leisten.

Maßnahmen auf dem Gebiet der **erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz** bedeuten nicht nur einen Einsatz für den Klimaschutz, sondern leisten einen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und helfen auf diese Weise, die wachsende Abhängigkeit der EU von Energieimporten zu begrenzen. In dieser Hinsicht schafft das **EU-Emissionshandelssystem** einen

flexiblen und kosteneffizienten Rahmen für eine klimafreundlichere Energieerzeugung. Darüber hinaus bildet das EU-Emissionshandelssystem den Kern eines graduell expandierenden, weltweiten CO₂-Marktes, wodurch europäische Unternehmen einen Vorsprung haben werden.

Letztlich liegt die Herausforderung darin, diese Ziele der europäischen Energiepolitik so miteinander zu verbinden, dass dadurch den **Interessen der europäischen Verbraucher** – Industrie, Gewerbe und Haushalte – an einer sicheren, erschwinglichen und umweltverträglichen Energieversorgung bestmöglich gedient werden kann. **Das Ziel ist Klimaschutz** durch beschleunigten Übergang auf erneuerbare Energien und einen Quantensprung in Energieeffizienz, **Versorgungssicherheit durch mehr Diversifizierung** und Zugang von Wettbewerbern zu den upstream Versorgungsverträgen, und **mehr Wettbewerb, um Preise effizient zu gestalten** und Preisvorteile der Liberalisierung an die Verbraucher weiterzugeben. In anderen Worten: Wir müssen dafür sorgen, dass **die Liberalisierung endlich beim Verbraucher ankommt** – ein wie ich glaube, gemeinsames Ziel.